



Mainz, 15. Dezember 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

am Dienstag begann für alle Juden das **Channukka- oder Lichterfest**. Acht Tage lang wird der Wiedereinweihung des zweiten Tempels in Jerusalem im 2. Jh. v. Chr. gedacht. Traditionell werden dazu die Kerzen am Channukkia, dem achtarmigen Leuchter, entzündet und gemeinsam Lieder gesungen.

Doch zeitgleich zu diesem schönen Anlass wurden auf Demonstrationen Israel-Flaggen verbrannt und antisemitische Sprüche skandiert. Gegensätzlicher könnte das Bild nicht sein. **Es macht sich schleichend ein Antisemitismus in unserem Land breit.** Auf den Schulhöfen, auf der Straße, im Internet, bei der Kuwait Airline, die sich auf deutschem Boden weigern darf, einen Israeli mitzunehmen. In einer von der CDU beantragten **Aktuellen Debatte** haben wir diese Woche im Landtag deshalb dazu aufgerufen, Haltung zu zeigen gegen Antisemitismus. Alljährlich gedenken wir am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus, zur mahnenden Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, das systematische Ermorden von Millionen Juden. Deshalb ist **Israels Existenzrecht Staatsräson und ist Grundpfeiler unserer Politik** seit Konrad Adenauer. Denn Israel ist nicht irgendein Land. Wir tragen für Israel und das jüdische Leben eine historische Verantwortung, die sich nicht nur in Gedenkstunden erschöpfen darf, sondern wir müssen **auch in stürmischen Zeiten Aufstehen gegen Rechtsextremismus.**

Antisemitismus ist dabei ein **gesellschaftliches Problem**, welches man in allen politischen extremen Ausprägungen findet – er kommt von rechts, von links, aus der Mitte der Gesellschaft und auch von muslimischer Seite. Er wird oft als "Israel-Kritik" euphemisiert. Gerade in öffentlichen Netzwerken wird hier sehr viel mit Fake-News gearbeitet. Bestes Beispiel war die Seite "Freiheit für Palästina" mit über 90.000 Followern, welche kürzlich nach 2 Jahren hartem Kampf von Facebook gelöscht wurde.

Wenn im Jahr 2017 in Deutschland politische Aktivisten meinen, mit einem „Kauft nicht bei Juden“ die Situation der Palästinenser zu verbessern, dann stehen sie mit den falschen Leuten

Seit an Seit. Dann erwachen Geister der Vergangenheit zum Leben, die wir gebannt glaubten. Hier müssen wir eindeutig Position beziehen. **Wir können uns keinen Graubereich leisten.** Neben einem klaren Bekenntnis braucht es auch scharf gezogene Grenzen, die ebenso für Migranten muslimischen Glaubens gelten.

Nie wieder dürfen sich judenfeindliche Demonstrationen, wie sie in Mainz oder Berlin stattgefunden haben, wiederholen. Wenn es hierfür gesetzlicher Regelungen bedarf, dann müssen wir sie angehen. Wir werden in den kommenden Wochen das Gespräch mit Vertretern des jüdischen Staates und der jüdischen Gemeinde suchen, um unsere Solidarität auszudrücken und Lösungswege zu erörtern.

Bei Interesse finden Sie [hier](#) meinen gesamten Redebeitrag.

Kommunale Finanzlage bleibt desaströs

Der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz braucht dringend Perspektiven. Unsere Verfassung verlangt **gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land**. Dies wollen wir gewährleisten. Dabei ist jede Region unterschiedlich und hat ihre eigenen Stärken und Schwächen. Doch für alle gilt: Wenn die Kommunen kein Geld haben, spürt das der Bürger unmittelbar. Anlässlich der **Weigerung der Landesregierung für eine Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs**, haben wir eine Aktuelle Debatte im Landtag beantragt.

Leider haben nach dem Kommunalbericht 2017 vom Rechnungshof 53 Prozent der Kommunen ein **strukturelles (!) Defizit von über 5.245 Millionen Euro**. Die Liquiditätskredite steigen auf über 6,6 Mrd. Euro. Damit liegen Sie in der Pro-Kopf-Verschuldung um das 2,6-fache höher als im Durchschnitt der Flächenländer. Anders ausgedrückt: **Von 2.475 kommunalen Gebietskörperschaften können 1.325 ihren Haushalt nicht ausgleichen.**

Die Landesregierung hat angekündigt 2018, aus dem bereits bestehenden Kommunalen Finanzausgleich rund 66 Millionen Euro umzuschichten. Frisches Geld kommt durch Umschichtung auch nicht ins System. Wir schlagen der Landesregierung vor, sämtliche Schulden und Altschulden in den Blick zu nehmen, eine Bad-Bank zu gründen, und die Zinslasten zu übernehmen. Die Kommunen werden Ihre Tilgungsleistung erbringen. So könnten die Kommunen wieder atmen und es würde zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse führen.

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, empfehle ich die [Rede](#) meines Landtagskollegen Gordon Schnieder.

Fusionen im Kreis Bad Kreuznach

In dieser Woche kündigte der Innenminister an, dass für ihn und das Land weder die Fusion der Stadt Kirn mit der Verbandsgemeinde Kirn-Land, die Fusion der Verbandsgemeinden Meisenheim und Bad Sobernheim noch eine Fusion der Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg zur Debatte stünden. Gegen die Menschen vor Ort **drückt die Landesregierung ihre so genannte Kommunalreform mit den nächsten Zwangsfusionen weiter durch**. Den von uns als Landes-CDU, teils von eigenen Parteifreunden und vielen weiteren Seiten geäußerten Appell und konstruktiven Vorschlag, **Verbandsgemeindefusionen doch bis zu einer durchdachten Kreisreform aufzuschieben**, lässt sie erneut ungehört verhallen. In der Staatskanzlei befürchtet man wohl, dass ein solches Einlenken einem Eingeständnis des Webfehlers der Reform gleichkäme, willkürlich mit der Ebene der Verbandsgemeinden begonnen zu haben. Doch geht es hier nicht um den Stolz oder die Befindlichkeiten der Ampel-Regierung. Im Gegenteil: Die fehlende Größe der Landesregierung geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, das ist mehr als traurig.

Und Fakt ist doch, dass die Landesregierung auch in den jetzigen Fällen nicht schlüssig darlegen kann, was denn nach den angedachten Zwangsfusionen besser, billiger, effektiver oder bürgerfreundlicher werden soll. **Belastbare Zahlen und Fakten gibt es nicht, trotzdem sollen Tatsachen geschaffen werden**. Was die Fusion der VG Meisenheim und Bad Sobernheim angeht, ist das auch insofern spannend, als dass das Land den ursprünglichen Plan eines Zusammengehens von Meisenheim mit Alsenz-Obermoschel sogar finanziell gefördert hatte. Die Ministerpräsidentin sprach davon, dass die beiden Verbandsgemeinden „Vordenker einer zukunftsfähigen Kommunalentwicklung“ seien – heute ist davon keine Rede mehr.

Im Gegenteil: Die **Verantwortung wird auf die Verantwortlichen vor Ort abgewälzt**, die nun etwas umsetzen müssen, was sie und vor allem die große Mehrheit der Bevölkerung ablehnen. Zugehört und ihre Argumente ernst genommen, als es um die grundsätzliche Frage ging, ob diese Fusionen im Kreis Bad Kreuznach überhaupt Sinn machen, hat die Landesregierung nicht, im Gegenteil. Sie bleibt seit jeher stur bei ihrer Linie, nimmt ihre Scheuklappen nicht ab. Dazu passt, dass – um das böse Wort der Zwangsfusion zu vermeiden und dem Ganzen den Anschein der Freiwilligkeit zu geben – nun auch wieder Fusionsprämien ausgelobt werden, wenn die betroffenen Gebietskörperschaften bis zu einem bestimmten Stichtag zusammengehen.

Aktuelles zur Regierungsbildung – Fortgang Regierungsbildung

Wir als CDU/CSU halten eine **zügige und stabile Regierungsbildung** für **wichtig** und angebracht – auch mit Blick auf die Bedeutung Deutschlands in Europa und in der Welt. Bei der **SPD scheint man auf Zeit spielen zu wollen** und man spürt die Angst der Genossen vor einer vollen Regierungsverantwortung. Gerade die Ministerpräsidentin aus Rheinland-Pfalz wehrt sich mit allen Kräften gegen eine Zusammenarbeit mit der Union in einer gemeinsamen Regierung, weil sie sich dann aus Rheinland-Pfalz heraus konstruktiv Richtung Berlin

verhalten müsste. Abgrenzung, Schuldzuweisung und Profilierung sind so anscheinend leichter – zusammen mit der FDP in Rheinland-Pfalz, die ebenso wenig zuerst das Land im Blick und deshalb keine Bereitschaft für eine Beteiligung in der Bundesregierung hat.

Deshalb ist unsere Botschaft in Richtung Sozialdemokratie klar: **Entweder man will regieren oder man will nicht.** Wir Christdemokraten wollen eine stabile Regierung oder wir nehmen zur Kenntnis, dass die SPD nicht den Mut zur Regierungsverantwortung hat. **Die SPD tut sich selbst keinen Gefallen, wenn sie den eigenen Angstzustand nicht überwindet.** Die SPD-Vorstellung, dass die Union Eingangsgeschenke dafür mitbringen soll, ist aus Sicht der SPD verständlich, aber entbehrt jeder Grundlage. Ein bisschen Schwangersein gibt es nicht – auch nicht, wenn es um politische Verantwortung geht. Deshalb sollte die SPD ihr Taktieren und ihre Vorstellung, die Union könnte eine Minderheitsregierung eingehen, bei der die SPD fünf vorher definierte Punkte mittragen würde, begraben. Entweder macht man richtig oder gar nicht. Kurzum, **ich halte nichts von Halbabsprachen mit der SPD. Die meisten Probleme und Fragen entstehen doch im Laufe der Strecke einer Legislaturperiode** – und sind nicht vorher in fünf großen Punkten festzuhalten. Wir können nicht die Hand reichen für ein bisschen Absprache, für ein bisschen Tolerierung, für ganz großes Rosinenpicken der SPD, die sich nicht richtig traut. Unabhängig davon ist eines klar: Eine Minderheitsregierung würde mit sehr großer Geschwindigkeit zu Neuwahlen führen.

Dem Trierischen Volksfreund hab ich zum Thema Regierungsbildung auch ein längeres Interview gegeben diese Woche, das Sie hier nachlesen können, wenn Sie mögen: <http://bit.ly/2AosUAY>.

Elektronischer Umbruch in der Justiz beginnt in Bad Kreuznach

Das Landgericht Bad Kreuznach wird **Pilotgericht zur Einführung der elektronischen Akte.** Im Jahr 2018 soll der Startschuss fallen. Gemeinsam mit dem Landgericht Kaiserslautern für den Südbezirk ist das Bad Kreuznacher Gericht damit eins von zwei Gerichten in Rheinland-Pfalz, an denen die Einführung der elektronischen Akte im Testbetrieb geprobt wird. Die elektronische Akte soll **ab dem Jahr 2026 in allen mehr als 250 Gerichtssälen des Landes** zum Einsatz kommen. In der vergangenen Woche habe ich Landgerichtspräsident Tobias Eisert in Bad Kreuznach besucht und mir von seinen Erfahrungen mit der E-Akte berichten lassen.

Bereits ab Anfang November können Anwälte ihre Klageschriften elektronisch einreichen. Bis Anfang 2026 muss die vollständige Umstellung auf die elektronische Akte landesweit abgeschlossen sein. Landgerichtspräsident Tobias Eisert bezeichnete die **Einführung der E-Akte** als „**Mammutaufgabe**“, die nicht nur die Umstellung der Akten erfordere, sondern auch die Ausstattung mit elektronischer Medientechnik bedeutet. So müssen beispielsweise Geräte und Software angeschafft und installiert werden. Mitarbeiter müssen sich mit den

neuen Techniken vertraut machen. Die Bad Kreuznacher Justizbeschäftigten betreten hier Neuland.

Ich freue mich, dass dieser große elektronische Umbruch in der Justiz in Bad Kreuznach beginnen wird. Nach einer ersten Eingewöhnungsphase wird die neue Technik sicher auch Arbeitsabläufe erleichtern. Mit der neuen Technik kann auch **mehr Transparenz für die Gerichtsbesucher** geschaffen werden. Dokumente, Bilder und Videos können künftig an die Wand projiziert werden und sind so auch für Zuschauer im Saal sichtbar. So können alle Menschen die Verfahren und die Urteile besser nachvollziehen.

Bürgersprechstunde vor Weihnachten

Am kommenden **Dienstag, 19. Dezember** findet wieder meine regelmäßige Bürgersprechstunde statt. Ab **10.30 Uhr** bin ich in meinem Wahlkreisbüro, Freiherr-vom-Stein-Straße 16, zu sprechen. Wegen der großen Nachfrage bitte ich um vorherige Anmeldung unter der Telefonnummer 06 71 – 92 06 50 92 oder per Mail an julia.kloeckner.1@cdu.landtag.rlp.de.

Herzliche Grüße und ein gesegnetes Adventswochenende!
Ihre Julia Klöckner

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per E-Mail Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter www.cdurlp.de. Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - www.julia-kloeckner.de
